

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV/175

Bonn, den 15. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:  
-----

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3a	<u>"Der Mann da oben"</u> Beobachtungen am Rande einer Wahlkampfreise mit Willy Brandt Von Günter Markscheffel	205
4 - 5	<u>Der "Große Rüsselsprung" der Bundeswehr</u> "Alles viel schwieriger, wenn wirklich ein Feind gegenübersteht" Von Hartmut Miegel	82
6 - 7	<u>Bulgarischer Jahrestag der sozialistischen Revolution</u> Kein Gipfeltreffen mit Rücksicht auf Rumänien Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	91

"Der Mann da oben"

Beobachtungen am Rande einer Wahlkampfreise mit Willy Brandt

Von Günter Markscheffel

"Sei ruhig Anna, Du hörst doch, der Mann da oben will die Leute zum Denken anregen" - Anna senkt etwas beschämt ihren langröhigen Blondkopf, stupst ihre Nachbarin an und macht "Pst!" - "Der Mann da oben" ist Willy Brandt, Bundesaußenminister und Vorsitzender der SPD. Er steht in Mainz auf dem Balkon des Theaters am Gutenbergplatz, unter sich eine dicht gedrängte vieltausendköpfige Menge im Halbdunkel, gegenüber dem von Scheinwerfern angestrahlten Dom.

Kurz vor Brandts Ankunft hatte es geheißen, die APO sei aufmarschiert, Störungen würden erwartet. APO, Kommunisten, Junge Union? Niemand weiß Genaues. Ein im Dienst ergrauter Polizeibeamter sagt kopfschüttelnd: "Soviele junge Menschen habe ich noch nie bei Wahlversammlungen gesehen. Merkwürdig, die scheinen jetzt auch die Politik entdeckt zu haben. Da denkt man immer, sie interessieren sich nur für Beat und Sex und schon sind sie mitten drinn in der Politik. Noch dazu, wo heute ein dickes Krimiprogramm im Fernsehen ist."

Überall ist es so. In Firmasens, Kaiserslautern, Saarbrücken und Merzig, in Speyer, Ludwigshafen, Worm und Mainz. Skeptische Jugend? Neugierig, wißbegierig? Wer weiß es? Brandt sagt nachts im Sonderzug, der ihn und seine Begleitung von Merzig nach Bonn bringt, wo er am Vortag den holländischen Außenminister Luns treffen wird, ("Dienst ist Dienst"). "Diese vielen jungen Menschen in den Versammlungen und Kundgebungen, das ist wie ein Bad, anstrengend, aber erfrischend: Anstrengend, weil diese Generation von uns Politikern viel viel mehr erwartet als Schlagworte, und erfrischend, weil sie mir das Bewußtsein vermittelt, daß sie kritischer und weniger autoritätsgläubig ist, als ihre Väter und Großväter." Und lächelnd: "Wenn denen einer den dümmlichen Rat geben würde, 'Keine Experimente!' würden sie ihn auf offener Szene auslachen!"

Wie richtig Willy Brandt das alles sieht, zeigt immer wieder die Reaktion seiner Zuhörer. Überall kommt der erste starke Beifall, zustimmende Zurufe und lautes Bravo, wenn er sagt: "Die jungen Menschen wollen wissen, wie die Zukunft vernünftig gestaltet werden kann. Dabei schlagen sie oft über die Stränge, sind mitunter ungeduldig und auch maßlos. Wo Gesetze gebrochen werden, muß das geahndet werden, denn die Gesetze unseres freiheitlichen Staates müssen von allen respektiert werden. Ich bin aber dagegen, daß die ältere Generation die Auseinandersetzung mit der nach vorwärtsdrängenden Jugend allein der ohnehin schon überforderten Polizei überläßt. Wir müssen uns der Jugend stellen, wir müssen in sie hineinhörchen, ihre Kritik ernstnehmen und - ich sage das bewußt - wir müssen uns immer wieder fragen, ob wir vielleicht etwas falsch gemacht haben und was wir besser machen sollten!"

In Saarbrücken, am Vortage, war es noch hell, als Brandt unter den Klängen einer Bergmannskapelle auf den Kundgebungsplatz eintrifft. Hier,

so hatte man gesagt, sei "dicke Luft". Der Bergarbeiterstreik habe die Gemüter erhitzt, die Kommunisten wollten das ausnutzen. Niemand hat mit Brandt darüber gesprochen, aber er weiß es. Irgendjemand glaubt entdeckt zu haben, daß ein KP-Transparent aufgerollt werden soll. Wer etwas von Kundgebungen versteht, merkt sofort, daß auf dem Platz vor der Rednertribüne nicht nur SPD-Anhänger stehen. Der Beifall zur Begrüßung Brandts ist nicht überwältigend. Hier geht Brandt gleich auf das "Thema des Tages" zu: Die Unruhe unter der Arbeiterschaft. Die spontane Lohnbewegung im Bergbau und in der Stahlindustrie nennt er den "Ausdruck des Strebens breiter Arbeitnehmerschichten nach mehr sozialer Gerechtigkeit und nach dem angemessenen Anteil an dem ständig steigenden Sozialprodukt." Durch Radikalisierung gleich welcher Art könne aber niemandem geholfen werden. Die Tarifpartner müßten in freier Entscheidung zu Ergebnissen gelangen, die der Wirklichkeit unserer Wirtschaft und unserem gesellschaftlichen Leben entsprechen.

Gespannt blicken etwa 8.000 Zuhörer zu Brandt; es ist ganz still auf dem großen Platz. Flüsternd sagt ein Mann zu seinem Nachbarn: "Der weiß, was los ist." - Der andere nickt. Ringsum ernste Gesichter. Frauen, Männer, Junge, Alte. Neben mir steht ein junges Paar, hält sich an den Händen. Etwas weiter einige junge Arbeiter. Sie haben ein noch eingerolltes Transparent in ihrer Mitte, mißtrauisch beäugt von zwei Polizeibeamten. Noch rührt sich nichts. Aber jetzt hebt Brandt, der bisher mehr doziert hatte, die Stimme; laut über den Platz erschallen die Sätze:

"Bundewirtschaftsminister Schiller hat die Krise überwunden, die Arbeitsplätze gesichert und den Aufschwung der Wirtschaft nach der Rezession eingeleitet. Solange ging es gut. Seitdem aber die Neider Schillers auf eigene Faust Wirtschaftspolitik nach ihrer Façon machen wollen, seitdem diese Leute unserem Freund Schiller in die Arme gefallen sind und sich schon zu Beginn des Wahlkampfes auf ihn eingeschossen haben, ist die Ruhe am Arbeitsplatz und ist die Stabilität unserer Wirtschaft nicht mehr gewährleistet. Deshalb: Helfen Sie alle am 28. September, damit Professor Schiller seine erfolgreiche Wirtschaftspolitik fortsetzen kann."

Genau hier hat Brandt ins Schwarze getroffen. Der Beifall geht los, rollt wie eine Lawine über den weiten Platz. Die Arbeiter haben ihr Transparent fallen gelassen, sie rufen laute Zustimmung, klatschen.

Schnell wechsele ich meinen Standort, gehe zu einer Gruppe Studenten. Auch hier vorbehaltlose Zustimmung. Nur langsam ebt der Beifall ab. Brandt ist schon weiter. Er spricht jetzt - wieder fast belehrend - von seiner Politik des Friedens. Er erinnert an die mühevoll erreichte Aussöhnung mit den westlichen Nachbarn, läßt erkennen, was "der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland" als Ziele der deutschen Politik anstrebt. Warnt vor "den Leuten, die demagogisch und verantwortungslos so reden, als gehe es darum, auf etwas zu verzichten, was man garnicht mehr hat".

Das deutsche Volk werde Sicherheit und Frieden nur finden, wenn die nächste Bundesregierung "zielbewußt und ohne die falschen Bremsler eine Politik der Entspannung und der Aussöhnung auch mit unseren östlichen Nachbarn anstrebt". Das "dumme Gerede" eines Franz Josef Strauß von der

europäischen Atomstreitmacht mit deutscher Beteiligung und die immer sichtbarer werdende Sehnsucht einiger CDU/CSU-Strategen nach Rückkehr zur Politik des Kalten Krieges nähre nicht nur im Osten, sondern auch bei unseren westlichen Freunden das Mißtrauen gegenüber der Bundesrepublik. "So kommen wir nicht weiter. Ich will, daß wir Deutschen auf Gewalt und Krieg als Mittel der Politik verzichten. Der Ehrgeiz des deutschen Volkes muß im Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit, nach mehr Toleranz, hervorragenden Leistungen auf allen wissenschaftlichen und technischen Gebieten und nach einem Höchstmaß an demokratischer Ordnung und Gesinnung sichtbar werden."

Ob in Mainz, Saarbrücken, Merzig, Pirmasens, in Speyer, Kaiserslautern, Ludwigshafen oder in Worms - **d i e s e** Sprache verstehen sie alle, auch die Skeptiker. Sogar die Jungunionler, die hier und dort in Brandts Kundgebungen kommen, werden mitgezogen, fallen in den Beifall ein, wenn Brandt von den "törichtesten Politikern" redet, "die etwas versprechen, von dem sie selbst wissen, daß sie es nicht halten können".

Und dann noch etwas: Wenn Brandt, etwas zögernd, von dem **e i - n e n** Mann redet, auf den angeblich alles ankommen soll. Brandt respektiert die "Gürtellinie", er spricht **n i c h t** davon, wohin Deutschland schon einmal gekommen ist, als viele Deutsche glaubten, man könne das Schicksal eines Millionenvolkes nur **e i n e m** Mann anvertrauen. "Das ist eine Zumutung", sagt Brandt, "es kommt auf die beste Mannschaft an, auf den Mannschaftsgeist und auf den Willen zur gemeinsamen Leistung für eine bessere Politik! Die besseren Männer, die besseren Ideen und der Blick nach vorn - **d a s** muß deutsche Politik werden. Und deshalb: Nicht auf **e i n e n** kommt es an. Es kommt auf den Wähler an. **E r** ist von uns aufgerufen, ein modernes Deutschland zu schaffen."

Kleine Episode am Rande: In Mainz steht ein alter Kollege neben mir. Ich kenne ihn seit vielen Jahren. Er ist ein eifriger CDU-Anhänger. Als gerade an dieser Stelle der Rede Brandts der Beifall immer stärker wird, meint er bekümmert: "Ich weiß nicht, was die in Bonn sich bei dem Ein-Mann-Plakat vorgestellt haben? Manchmal glaube ich fast, ihr Sozialdemokraten habt einen guten Mann in die Wahlkampfleitung der CDU eingeschleust."

Unter den Begleitern Brandts sind zwei rumänische Journalisten. Sie sagen ohne Zögern, daß sie der kommunistischen Partei angehören. Erst beobachten sie die Kundgebungen mit Zurückhaltung, später am Abend geben sie zu, sich "alles ganz anders" vorgestellt zu haben. Wie? "Nun, wir haben geglaubt, daß hier mehr getrommelt und weniger argumentiert wird." Bei der Fahrt durch pfälzische Dörfer fragen sie, ob die wirkenden Frauen und Männer am Straßenrand alles Sozialdemokraten sind, ob sie sie bestellt hat, ein Spalier zu bilden. Als man ihnen sagt, niemand habe diese Menschen "bestellt", die Wagenkolonne Brandts habe keinen "Vorreiter" mit Lautsprecher, der die Durchfahrt ankündigt, schütteln sie erstaunt die Köpfe. Sie können es auch nicht ganz fassen, wenn man ihnen erzählt, daß die vielen sauberen Häuschen, an denen wir im Filtempo vorbeifahren, meist Arbeitern gehören. Unsere Welt ist ihnen fremd. Offen geben sie zu, daß sie seit Jahren die Bundesrepublik durch die Brille der DDR-Propaganda gesehen haben und nun zum erstenmal glauben, daß "dieses Deutschland auch ganz anders" sein kann.

Und am Abend - es ist in einer überfüllten Versammlung in Merzig - als Brandt so ganz nebenbei sagt, er meine, daß seine Visitenkarte als

Außenminister einiges dazu beigetragen habe, das Ansehen unseres Volkes in der Welt zu heben, fallen die Rumänen in den Beifallssturm mit ein und merken erst danach, daß sie aufgehört haben, neutrale Beobachter zu sein.

Später im Speisewagen des Sonderzuges, gibt Brandt ihnen ein Interview. Die Rumänen wollen wissen, wie Brandt sich selbst und - in diesem Zusammenhang - die Rolle der Linken in Westeuropa sieht. Die Antwort: Ich meine, daß wir Sozialdemokraten in Deutschland die Aufgabe haben, unserem Volk die Kraft zu der Einsicht zu geben, daß es bei den weltweiten Bemühungen zur Erhaltung und Sicherung des Friedens nicht nur zustimmend, sondern aktiv fördernd mit eigenen Initiativen sein muß.

Europa? Unsere Basis, sagt Brandt, ist zunächst ein geeintes westliches Europa, das offen sein soll für alle Staaten Europas. Dabei wollen wir aber nicht, daß diejenigen Staaten Osteuropas, die sich im Rahmen des COMECON zu einer gemeinsamen Politik verpflichtet haben, in Konflikt mit ihren Freunden geraten. Wir wollen, daß aus der gegenwärtigen Konfrontation zwischen Ost und West die Kooperation wird. Wir meinen, daß auch über ideologische Vorbehalte hinweg eine Politik gesamt-europäischer Interessen entwickelt werden kann. Europa braucht eine Politik ohne Diskriminierung des einen oder anderen, damit es zu sich selbst finden kann.

Wir brauchen eine europäische Friedensordnung, die alle Völker Europas als gerecht empfinden können. Was in den Kräften von uns deutschen Sozialdemokraten steht, um dieses Ziel zu erreichen, werden wir tun. Ich weiß, daß viele kleine Schritte hierzu notwendig sind, aber ich ziehe die mühselige Politik der kleinen Schritte einer Politik der großen Worte vor.

Spät noch in der Nacht, nach vier großen Kundgebungen, nach vielen Gesprächen mit Arbeitern, Journalisten, Professoren, Stadträten, mit Frauen und jungen Menschen wirkt Brandt entspannt. Nur ganz selten, wenn ein Fragender zu aufdringlich wird, schaltet Brandt ab, blickt über die Menge hinweg und lächelt still vor sich hin. Aber schon die nächste Frage fesselt ihn wieder, etwa die Bitte um Auskunft, warum die Regierung der Großen Koalition kein Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers mit den Grundstückspreisen gemacht habe. Da ist Brandt wieder da, erläutert kurz den Sachverhalt, weist darauf hin, daß die SPD nicht die Mehrheit im Bundestag hat und daß man mal die "Damen und Herren von der anderen Fakultät" fragen sollte, warum sie einem entsprechenden Gesetzentwurf des sozialdemokratischen Wohnungsbauministers Dr. Lauritzen nicht zugestimmt hätten. Der Frager ist ein um seine Gemeinde besorgter CDU-Stadtrat. Als er merkt, daß er Brandt unfreiwillig ein Argument gegen die CDU entlockt hat, stutzt er und will sich zurückziehen. Brandt überbrückt die Verlegenheit lächelnd. "Bitte, vielleicht können auch Sie am 28. September helfen, dieses Versäumnis nachzuholen."

Willy Brandts Wahlkampf ist politisch im besten Sinne des Wortes. Er verzichtet ganz auf Schlagworte, gibt für jede von ihm aufgestellte These eine sachliche Begründung und erlaubt sich nicht einmal bei provozierenden Zwischenrufen eine saloppe Antwort. Er wirkt entspannt, seiner Sache sicher und verzichtet darauf, die von CDU/CSU-Rednern im Wahlkampf gegen ihn und seine Politik unter die Gürtellinie gezielten Angriffe mit gleicher Münze zurückzuzahlen. "Ich bin sicher", so meint Willy Brandt, "daß die Wähler die Sachlichkeit von uns Sozialdemokraten eher honorieren werden, als das nervöse Geschimpfe der CDU/CSU."

## Der "Große Rösselsprung" der Bundeswehr

"Alles viel schwieriger, wenn wirklich ein Feind gegenübersteht"

Von Hartmut Miegel

Beim "Großen Rösselsprung", einem ihrer bisher bedeutendsten Manöver, hat die Bundeswehr die meisten der ihr gestellten Hürden genommen. Das war nach dieser militärischen Mammutübung, deren Kosten über zehn Millionen DM betragen und an der über 65.000 deutsche und alliierte (amerikanische, belgische und französische) Soldaten teilnahmen - unter ihnen rund 7.500 Reservisten - die Überzeugung der meisten Manöverbeobachter. "Ich bin sehr positiv beeindruckt", sagte auch der Generalinspekteur der Bundeswehr General Ulrich de Maizière.

Der freie Verlauf der Übung gab den militärischen Führern manche harte Nuß zu knacken. Keine "Gebrauchsanweisung", kein vorher im einzelnen festgelegtes Konzept nahm ihnen ihre Entschlüsse vorweg und wider alle bisherige bundesdeutsche Tradition war auch nicht ein Sieg der "blauen" Verteidiger gegen die "roten" Angreifer befohlen, die von Osten her bis weit in Richtung Ruhrgebiet vorstoßen konnten, ehe es gelang, sie zu stoppen.

Der "Große Rösselsprung" war nicht nur eine Übung, die den Ausbildungsstand der beteiligten Einheiten unserer Bundeswehr und ihre Zusammenarbeit mit den Verbündeten erproben sollte. Es ging dabei vor allem darum, Erfahrungen für die geplante Reform und Umstrukturierung des Heeres zu sammeln. "Wir müssen alles noch einmal durchdenken, noch einmal neu anfangen", hatte der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Albert Schnez, während der Übung in Kassel vor Journalisten betont.

Und tatsächlich brachte der "Große Rösselsprung" zwischen Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen manche neue Erkenntnis für Generalität und politische Führung.

Zum erstenmal wurde in diesem Manöver in größerem Rahmen Gefechtsstandfernsehen bei der Führung verwendet: Am Bildschirm in seinem Gefechtsstand beobachtete Generalmajor Molinari, Kommandeur der 7. Panzergrenadierdivision den Übersetzverkehr seiner Truppen über die Weser bei Wehrden. Er sagte: "Eine tolle Sache. Das Bild ist ausgezeichnet. Und ich kann mich jederzeit per Funk von hier aus einschalten".

Die Beweglichmachung des Heeres durch eine größere Zahl von Hubschraubern, die als "Luftkavallerie" jederzeit Verstärkungen an bedrohte Flanken und Einbruchsstellen bringen können, hat sich bewährt. Die Hubschrauber, jede Senke und jedes Waldstück als Deckung ausnutzend, sind von den Überschalljägern des Gegners kaum zu fassen.

Der erste Einsatz eines neugebildeten Panzerregiments aus zwei

Bataillonen mit je drei Panzer- und je einer Panzergrenadierkompanie sowie Stabs-, Versorgungs-, Instandsetzungskompanien und einer Flugabwehrbatterie bestehend, bewies, daß auch "unpanzerterte" Brigaden, notfalls unterstützt durch solche "Feuerwehr", reelle Abwehrchancen in geeignetem Gelände haben.

Das wiederum unterstreicht die Richtigkeit der im Verteidigungsweißbuch erhobenen und von der SPD unterstützten Forderung nach Jägerbrigaden. (Der Steigerung der Beweglichkeit bei hochtechnisierten Einheiten sollte eine technische Entkomplizierung bei Einheiten entsprechen, die in verteidigungsgünstigen Geländeabschnitten operieren. Also: Arbeitsteilung zwischen hochtechnisierten und motorisierten Kampfverbänden großer Feuerkraft und Jägerbrigaden).

Die Zusammenarbeit zwischen Heer und Luftwaffe hat dank besserer Führungsausrüstung diesmal besser funktioniert als bei früheren Übungen.

Die teilweise erheblichen Marschleistungen bei Nacht klappte fast ohne Pannen. (Das oben erwähnte Panzerregiment schaffte in einer Nacht 180 Kilometer).

Die aus Reservisten gebildeten Sicherungskompanien der Territorialen Verteidigung haben alle ihnen gestellten Aufgaben erfüllt. Dazu General de Maizière: "Die Reservisten zeigten beste Bereitschaft zu funktionaler Disziplin ohne Hackenschlagen".

Der General lobte auch die Zusammenarbeit mit den zivilen Dienststellen der hessischen Landesregierung, mit der Aufgaben der zivilen Verteidigung geübt wurden.

Der Absprung von fast 1.000 Fallschirmjägern bei Nacht verlief reibungslos, und 90 Minuten nach dem Absprung hatten die Abgesprungenen ihre Einsatzbereitschaft gemeldet. Auf die Frage, ob solcher Einsatz nicht eine Demonstration gegen die Kritiker sei, die die Unterhaltung einer Fallschirmjägerdivision in der Bundeswehr als überflüssig ansehen, meinte de Maizière: "Ein Manöver, das so viel Geld kostete, ist zu ernst für Demonstrationen solcher Art".

Freilich zeigten sich auch beim "Rüsselsprung" etliche unübersehbare Mängel: Die Luftabwehr auf dem Gefechtsfeld liegt im argen und die Zahl der panzerbrechenden wie der Flächenfeuerwaffen ist noch immer viel zu gering.

Alles in allem aber waren, wie gesagt, auch die Kritiker von den Leistungen der Bundeswehr angetan. Ein skeptisches Wort fand freilich Generalmajor Molinari, als er sagte: "Ach, es hätte vieles besser sein können. Ich möchte keine Details sagen. Aber es ist eben bei Nacht alles bedeutend schwieriger. Vor allem, wenn wirklich ein Feind auf der anderen Seite ist".

+ + +

## Bulgariens Jahrestag der sozialistischen Revolution

---

### Kein Gipfeltreffen mit Rücksicht auf Rumänien

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Bulgarien feiert in diesen Tagen den 25. Jahrestag seiner sogenannten sozialistischen Revolution. Die offizielle bulgarische Geschichtsschreibung schildert die Ereignisse vom September 1944 wie folgt:

"Am 5. September 1944 erklärte die sowjetische Regierung dem faschistischen Bulgarien den Krieg. An diesem Tag richtete sich das ZK der KP mit folgender Losung an das Volk: "Die ganze Macht in die Hände der Vaterländischen Front!" Die Arbeiter in Pernik, Sofia und anderen Städten streikten und gingen auf die Straße. Die Regierung befahl, auf alle Demonstranten zu schießen. Die zahlreichen Streiks gingen in einen politischen Generalstreik über, der das Leben in der Hauptstadt und in anderen großen Industriestädten stilllegte. Die Partisanengruppen und Brigaden besetzten Dörfer und errichteten die Macht der Vaterländischen Front in ganzen Gebieten. In Pleven, Varna und anderen Städten erstürmten die Volksmassen die Gefängnisse und befreiten die politischen Gefangenen.

Am 8. September betrat die Sowjetarmee bulgarischen Boden. Die bulgarischen Soldaten feuerten keinen einzigen Schuß gegen sie ab, und das Volk begrüßte sie mit Brot und Salz als ihre Befreier.

Zum entscheidenden Schlag wurde in der Nacht vom 8. auf den 9. September in Sofia ausgeholt. Das aufständische Volk und Partisanenabteilungen besetzten mit den zum Volk übergegangenen Militärabteilungen die Hauptstadt und verhafteten die Regenten und die Regierung. Es wurde eine Regierung der Vaterländischen Front mit dem Ministerpräsidenten Kimon Georgieff gebildet. Schon am gleichen Tage befand sich die Macht im ganzen Lande in Händen der Vaterländischen Front. Die faschistischen Machthaber und Henker wurden verhaftet. Die sich auf bulgarischem Boden befindlichen Hitlertruppen wurden entwaffnet. Eine Volksmiliz wurde geschaffen. Das Volk jubelte!"

Soweit in der offiziellen bulgarischen Darstellung. Soll hierdurch die Vorstellung erzeugt werden, Bulgarien sei außenpolitisch mit Hilfe der Sowjetunion, innenpolitisch aber mit Hilfe der bulgarischen Kommunisten aus der Hitler-Koalition herausgebrochen worden, so ergeben andere Fakten ein vollkommen anderes Bild.

Selbst die sowjetische Geschichtsschreibung behauptete nach dem Kriege einige Zeit, daß sich schon Zar Boris gegen die enge Allianz mit Hitler-Deutschland gewandt habe und daher auf der Rückkehr von Berchtesgaden ermordet worden sei. An dieser Darstellung scheint jedoch nur zu stimmen, daß Boris bereits im Jahre 1943 die Katastrophe für Deutschland kommen sah und daher unter dem Druck der Bauernpartei, der Sozialdemokraten und auch der Kommunisten versucht hatte, Hitler zu einer Beendigung des Krieges zu überreden.

Nach seinem mysteriösen Tod, der teilweise auch Mussolini oder dem britischen Geheimdienst zugeschrieben wird, schloß sich jedoch auch der Regierungschef Bagrianoff, der Führer der Bauernpartei, dieser Linie an. Er schickte einen Unterhändler nach Ankara, um Waffenstillstandsverhandlungen mit den Westmächten einzuleiten, doch London und

Washington zögerten die Verhandlungen hinaus, weil sie erst bei Stalin anfragen wollten, ob ihm ein solcher Waffenstillstand genehm sei. Stalin jedoch lehnte ab und begann ein hinterhältiges Spiel.

Zum Schein teilte er der neuen bulgarischen Regierung in Geheimgesprächen in Stockholm mit, daß die Voraussetzung für einen Waffenstillstand mit den Westmächten die Entwaffnung der deutschen Truppen in Bulgarien sei. Daraufhin erklärte Bulgarien am 6. September 1944 Deutschland den Krieg. Wenige Stunden zuvor aber erklärte Stalin auch Bulgarien den Krieg, obgleich ihm bereits bekannt war, daß Bulgariens Regierung definitiv auf die Seite der Alliierten übergewechselt war. Stalin verschaffte damit dem unglücklichen Land den traurigen Ruhm, für einige Stunden tatsächlich mit allen kriegführenden Parteien des Zweiten Weltkrieges im Krieg gestanden zu haben.

Alles weitere war dann nur noch die Logik stalinistischer Eroberungspolitik: Am 8. September, zwei Tage nach Bulgariens Kriegserklärung gegenüber Hitler-Deutschland, betraten die sowjetischen Truppen bulgarisches Territorium, und schon in der folgenden Nacht übernahm die sogenannte "Vaterländische Front" die Regierung, in der es neben Sozialdemokraten, Bauernparteilern und antihitleristischen Offizieren zwar nur einen Kommunisten gab, aber der war Innenminister, und von dieser Position aus rollten die Kommunisten dann die Heimatfront auf. Der Säuberung fielen in erster Stunde nicht nur 40 000 Menschen zum Opfer, sondern später auch alle Koalitionspartner der Kommunisten, an der Spitze der Bauernparteilern Petkoff, der 1947 hingerichtet wurde.

Der 25. Jahrestag der "sozialistischen Revolution" Bulgariens, der in diesen Tagen gefeiert wird, ist demnach nur die Erinnerung an ein stalinistisches Kabinettstückchen, dem nicht nur die legale und antihitleristische Regierung Bulgariens von damals zum Opfer fiel, sondern später auch alle Teilnehmer geopfert wurden.

Doch dieses ist nicht der Grund, weshalb es in Sofia zu keiner Demonstration der kommunistischen Einheit gekommen ist. Ähnlich wie vor fünf Jahren, als man den sowjetischen Parteichef Chruschtschow erwartet hatte, ließ sich die Sowjetunion auch diesmal wieder nur durch ihren formellen Staatspräsidenten Podgorny vertreten. Gerüchte, denen zufolge es anlässlich der Feiern in Bulgarien zu einem kommunistischen Gipfeltreffen kommen sollte, haben sich demnach nicht als richtig erwiesen. Der Grund ist der gleiche wie vor fünf Jahren: Die Sowjets, die die Unabhängigkeitsfeier des benachbarten Rumänien ostentativ geschnitten hatten, wollen die Rumänen nur durch ihr Erscheinen in Sofia nicht allzusehr brüskieren. Überdies hätten sie sich durch Entsendung einer besser zusammengesetzten Delegation auch nur selbst geschadet, denn ein solches Verhalten hätte bewiesen, daß sich die sowjetische Großmacht von den Quertreibereien des kleinen Rumänien tatsächlich ärgern läßt.